Rettungsboote mit einem Teil der Besatzung, darunter zwei Amerikanern, wird vermißt.

Christiania, 2. März. Einem Telegramm aus Le Havre zufolge ist der in Christiania beheimatete Dampfer Sjoitad am 26. Februar am Kap d'Antifer durch eine Mine oder durch einen Torpedoschuß gesunken.

Basel, 2. März. Die Baseler Nachrichten melden aus Neuyork: Nach einer Meldung der amerikanischen Agentur aus Rio de Janeiro fehlt seit einiger Zeit jede Nachricht von dem brasilianischen Dampfer, der vor 14 Tagen in See gegangen ist. In brasilianischen Reederkreisen befürchtet man seine Versenkung.

Die letzten militärischen Vorgänge im Osten und Westen.

Aus Berlin wird geschrieben: An der Valeputna-Straße erschöpfte sich der Russe in weiteren Versuchen, die am 27. Februar an die Deutschen verlorenen Stellungen zurückzuerobern. Südlich der Straße kam der Angriff gar nicht erst zur Entwicklung. Das deutsche Sperr- und Zerstörungsfeuer lag wirkungsvoll auf den mit Sturmkolonnen angefüllten russischen Gräben. Wo geringe Teile zum Angriff vorbrachen, jagte sie das heftige Artilleriefeuer alsbald in die Gräben zurück. Nördlich der Straße konnten die Russen fünf Mal gegen die neuen deutschen Stellungen an, brachen aber vor den Hindernissen im Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zusammen. In ihrer bekannten rücksichtslosen Sturmtaktik ließen sich die Russen durch ihre schweren, blutigen Verluste nicht schrecken. Sie setzten am Nachmittage nach stärkster Artillerievorbereitung neue Angriffe in zwei Kilometer Breite an. Dreimal hintereinander versuchten immer neue Scharen den Sturm; allein nicht einer kam bis an die deutschen Gräben. Am Abend wurde ein fünfter Angriff versucht, der wie alle vorhergehenden im Feuer erstickte. Die gesamten Stellungen blieben restlos in deutscher Hand.

An der Westfront sind mehrere feindliche Fesselballons brennend abgestürzt. — Bei der Abwehr englischer Erkundungsabteilungen südlich des La Bassée-Kanals wurden nach blutigen Nahkämpfen 2 Offiziere, 19 Mann gefangengenommen, ein Maschinengewehr und ein Brieftaubenschlag erbeutet. Die Engländer benutzten, wie festgestellt wurde, den Turm der Kathedrale von Ypern als Beobachtungsstand.

An der Ancre wurden die Vorfeldkämpfe fortgesetzt. Die deutschen Positionen wiesen gegnerische Aufklärungsabteilungen in heftigen Gefechten ab und zwangen die Engländer zur Entwicklung starker Abteilungen, die im Artillerie- und Gewehrfeuer schwere Verluste erlitten. Jede Deckung im Gelände benutzend, aus den Schutthaufen der Dörfer, aus Granattrichtern und Grabenresten immer wieder überraschend hervorbrechend, verlegten diese schwachen deutschen Nachhuten in zähem und geschicktem Widerstand den Engländern immer von neuem den Weg. Ihre hartnäckige Verteidigung zwang die Engländer, Batterien vorzuschieben, allein die deutsche schwere Artillerie war auf dem Posten. So wurde eine englische Batterie, die an der Butte des Balenwourt am 27. Februar in Stellung zu gehen versuchte, in kurzer Zeit zusammengeschossen. Ein Beweis für die mustergültige Art und Weise, in welcher deutscherseits die Aufgabe der alten Stellungen vorbereitet und durchgeführt wurde, ist die kläglich kleine Beute, die die Engländer machten. Nicht einmal kleine Minenwerfer oder Maschinengewehre fielen in ihre Hände, und die gemeldete Gefangenenzahl beträgt noch nicht 50 Mann. Dagegen brachten es die deutschen Nachhuten fertig, dem weitüberlegenen Feind 7 Maschinengewehre und 218 Mann abzunehmen. Das Vorfeld der neuen deutschen Stellung wird noch immer von ihnen beherrscht. Ebenso wurden die Engländernester bei Saillu, das einzige Resultat der letzten Kämpfe, wieder gesäubert.

Ein neuer Generalstabschef in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 2. März. Ein kaiserliches Handschreiben enthebt den Feldmarschall Konrad v. Hötzendorff unter Verleihung des Großkreuzes des Maria Theresia-Ordens behufs Verwendung an anderer wichtiger Stelle von dem Posten als Chef des Generalstabes. Ein weiteres kaiserliches Handschreiben ernennt den Freiherrn Arz v. Straußenburg zu seinem Nachfolger. (W. T. B.)

Der abgehende Generalstabschef ist 1852 in Penzig bei Wien geboren, ist also jetzt 65 Jahre alt. Ueber die Gründe des Wechsels wird nichts mitgeteilt.

Der neue Herr ist 1857 in Hermannstadt geboren, also jetzt 60 Jahre alt. Er ist die beschleunigte Laufbahn eines Generalstäblers gezogen. In diesem Kriege hat er sich, den vorliegenden Meldungen zufolge, besonders bei der Einnahme von Brest-Litowsk am 26. August 1915 ausgezeichnet. Auch am rumänischen Feldzug hat er sich hervorragend beteiligt.

Ein Kapitel vom Ministerstürzen.

st. Ferdinand in Schillers Kabale und Liebe will hingehen und der Welt erzählen, wie man Präsident wird. Das Kapitel, wie man aufhört, Minister zu sein, ist nicht weniger reizvoll. Die verschiedensten Parteien und Strömungen in Deutschland schlagen sich, jede nach ihrer Weise, mit diesem Thema herum.

Im Reichstage hat am Freitag der Fortschrittler Haußmann näheres zu erzählen gewußt von der großen Verschwörung im Hotel Adlon, deren Ziel, wie man jetzt durch ihn erfährt, nichts Geringeres war, als Herrn v. Bethmann aus seinem Amte zu entfernen und ihn durch — Hindenburg zu ersetzen. Die Herren haben eine allerunterthänigste Bittschrift an den Kaiser aufgesetzt, in der sie um die Entlassung des Reichskanzlers ersuchten, von dem sie sagten, daß er sich den Haß der besten königstreuen Kreise zugezogen hätte. Allerunterthänigste Memorien zu verfassen soll nun freilich keinem versagt sein, der an solchen Stilübungen Gefallen findet. Aber es ist doch für das ganze deutsche Volk eine beschämende Vorstellung, daß die deutsche Politik und damit sein Schicksal von der Laune abhängen könnte, in der solche Bittschriften gelesen werden.

Immer wieder muß man an Kabale und Liebe denken — wobei man von der Liebe allerdings füglich absehen kann. Denn das Milieu der Kirdorf, Knorr, Graf Hoensbroech, Fürst Salm-Horstmar usw. erinnert doch allzusehr an die Figuren des Sekretarius Wurm und des Hofmarschalls v. Kalb. Ein seltsames Gemisch von Schlauheit und Dummheit enthüllte doch der säuberlich gedruckte Plan, Herrn v. Bethmann dadurch zu beseitigen, daß man ihn in Gegensatz zu Hindenburg bringe. „Die Zukunft unseres Volkes und seiner Fürstendynastien — auf diese kommt es den Herren offenbar besonders an — fordert die Herbeiführung dieses Gegensatzes.“ Das Gegeneinander-Ausspielen und Gegeneinander-Hetzen einflußreicher Persönlichkeiten gehört ja von altersher zu den probatesten Mitteln der höfischen Intrige. Nur muß man sich fragen, wie dieses Maulwurfstreiben überhaupt noch in unsere „große Zeit“ hineinpaßt, und was für Leute es sein müssen, die mit solchen Mitteln die Weltgeschicke nach ihrem Willen zu leiten gedenken.

Herr Haußmann hat dann auch ganz richtig die Haltung geschildert, die die konservative Partei diesen Treibereien gegenüber eingenommen hat. Sie hat sich hinter den Busch gelegt und abgewartet, wie die Sache läuft. Gelang sie, so kam sie obenauf; mißlang sie, so war sie es nicht gewesen. Entzückend war die Bemerkung in dem Brief des Grafen Westarp an die Einlader, zur Zeit seien solche Veranstaltungen nicht angängig! Der Führer der konservativen Reichstagsfraktion hat sich da als Muster diplomatischer Vorsicht und taktischer Voraussicht gezeigt. Er wäscht seine Hände in Unschuld, unterläßt aber fürsorglich alles, was das Mißlingen des Planes gefährden könnte. Er weiß, daß in einer Zeit, in der jede Uneinigkeit an leitenden Stellen eine Katastrophe über das deutsche Volk heraufbeschwören kann, eine Clique daran arbeitet, diese Uneinigkeit zu säen, sie künstlich herbeizurufen — aber wie höflich behandelt er diese Clique und wie diskret behandelt er ihren Plan. Das sind die Leute, die über Umsturz schreien!

So plump aber der Versuch seiner Durchführung ist, so richtig ist der Plan in seiner Idee. Denn gelänge es wirklich den Herren aus dem Hotel Adlon, den Reichskanzler zu stürzen, so würde sein Nachfolger sicher doch nicht gegen sie regieren können. Er würde durch das Schicksal seines Vorgängers gewarnt sein und die erfolgreichen Kanzlerstürzer als eine Macht anerkennen müssen, die respektiert sein will. Jede politische Richtung muß danach streben, eine Regierung in ihrem Sinne herbeizuführen, und sie muß alle sachlichen und persönlichen Widerstände, die sich ihr entgegenstellen, niederzukämpfen versuchen. Die sozialdemokratische Partei bekennt sich ungescheut zu dieser Taktik. Aber als demokratische Partei, als Volkspartei, unterscheidet sie sich in der Wahl ihrer Mittel sehr wesentlich von der Verschwörergesellschaft im Kirdorf. Nicht durch höfische Kabale und schmutziges Intrigenspiel hinter den Kulissen, sondern in aller Oeffentlichkeit, durch den Druck der Volksstimme, das Schwergewicht der Mehrheit sucht sie ihr Ziel zu erreichen. So hat in derselben Etatsdebatte, in der die Wochenschaften der Adloniter enthüllt wurden, Genosse Schiedemann dem preußischen Landwirtschaftsminister, Freiherrn v. Schorlemer, offen die schärfste Fehde angesagt. Er hat sich damit aber merkwürdigerweise eine Rüge des Arbeitsgemeinschaftlers Henke zugezogen, der unter dem lebhaften Beifall der Rechten erklärte, an dem Sturz des Landwirtschaftsministers liege ihm gar nichts, denn dann komme doch ein anderer nach. Das ist eine merkwürdige revolutionäre Logik. Die Kraft volkstümlicher Stimmungen mag heute vielleicht noch nicht dazu ausreichen, einen preußischen Minister zu beseitigen. Ist das aber der Fall, so müssen wir das im Gegensatz zu Henke sehr bedauern, und wir wollen alles daran setzen, daß es anders wird. Denn was vorhin von der politischen Folgerichtigkeit des Ministerstürzens gesagt worden ist, das gilt auch hier. Gelingt es erst einmal einer Volksbewegung, Minister und Regierungen zu stürzen, dann werden die Nachfolger durch die Erfahrungen der Vorgänger gewitzigt sein und nicht übermütig mit einer politischen Macht anbinden, von der, wie sie wissen, ihre ganze Herrlichkeit abhängt.

Wenn die Sozialdemokratie die Ministerstürzerei von rechts entschieden bekämpft, so tut sie es wahrlich nicht deshalb, weil sie das Ministerstürzen an sich für einen Verstoß gegen die gottgewollte Ordnung hielte und weil sie in Treue und Inbrunst den derzeit regierenden Machthabern ergeben wäre. Alles, was sie will, ist das: Sie will verhindern, daß an die Stelle der derzeitigen Regierung eine andere gesetzt werde, die sich dem Einfluß des Volkswillens noch mehr entzieht als die gegenwärtige. Böte sich aber heute oder morgen Gelegenheit zu einer umgekehrt gerichteten Entwicklung, das heißt, könnte die gegenwärtige Regierung durch eine volkstümlichere ersetzt werden, so würde sich die Sozialdemokratie sofort des Wortes von Bethmann-Hollweg erinnern: Die Sentimentalität haben wir verlernt.

Die Abwehr gegen das Fideikommißgesetz.

Die Fraktionen der Fortschrittler und der Nationalliberalen haben im Reichstage, dem Vorgehen der Sozialdemokratischen Fraktion folgend, ebenfalls einen Fideikommißantrag eingebracht. Der Antrag lautet:

„Die Errichtung und Erweiterung von Fideikommissen, auch in Form von Stammgütern, ist bis auf weiteres verboten. Der Landesgesetzgebung bleibt es vorbehalten, frühestens drei Jahre nach dem Friedensschlusse mit den europäischen Großmächten dieses Gesetz für ihr Gebiet außer Geltung zu setzen.“

Der nationalliberale Abg. Hirsch (Essen) hat den Antrag nicht mit unterzeichnet.

•

Es ist erfreulich, daß die liberalen Parteien des Reichstags den Kampf gegen das preußische Reaktionstreiben mit Nachdruck führen wollen.

Das Berl. Tgbl. beleuchtet die Situation wie folgt: „Die Hauptsache ist doch wohl, daß die Antragsteller im Reichstag über eine entscheidende Mehrheit verfügen. Es darf erwartet werden, daß dieser kurze und doch so vielsagende Initiativantrag im Reichstag auf keinen ernstlichen Widerspruch stoßen würde. Wenn die Antragsteller mit Entschlossenheit vorgehen, kann die Forderung noch im Monat März im Reichstag erledigt sein.

Etwas anderes ist es mit der Frage, ob auch der Bundesrat diesem Antrage aus der Mitte des Reichstags heraus seine Zustimmung zu geben bereit ist. Da die preußische Regierung im Bundesrate nicht bloß durch ihre eigenen Stimmen, sondern vielleicht noch mehr durch den Einfluß auf eine Reihe von kleineren und mittleren Staaten einen erheblichen Einfluß ausübt, so wäre es immerhin denkbar, daß sie den Versuch machte, die Forderung des Reichstags im Bundesrate zu Falle zu bringen. Aber man wird kaum annehmen wollen, daß die Reichsregierung in einer solchen entscheidenden Frage es darauf ankommen lassen könnte, die Reichstagsmehrheit, die sie auf anderen Gebieten notwendig braucht, vor den Kopf zu stoßen. Es liegt auf der Hand, daß die Ablehnung einer derartigen Forderung des Reichstags sehr weittragende Konsequenzen für die gesamte Reichspolitik haben müßte. Die Reichsregierung wird in ihrer Zärtlichkeit für einen kleinen Kreis preußischer Großgrundbesitzer hoffentlich nicht so weit gehen, solche Konsequenzen herbeizuführen. So bedauerlich es sein mag, daß es zu dieser Kraftprobe zwischen dem Reich und der preußischen Dreiklassenmehrheit überhaupt kommen mußte, so ist doch mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß die rechtsstehenden Kreise Preußens dafür ausschließlich die Verantwortung tragen. Es wird deshalb an ihnen liegen, die nötigen Schritte zu tun, um diesen Zwiespalt aus der Welt zu schaffen. Der einfachste Weg wäre, daß die preußische Regierung ihren Entwurf zurückzieht; dann erübrigte sich eine Aktion des Reichstages von selbst. Tut sie es nicht, sondern beharrt sie auf ihrem Willen, dann allerdings gibt es für die Reichstagsmehrheit kein Zurück; sie wird den einmal eingeschlagenen Weg zu Ende gehen müssen, ebenso im Interesse der Reichstagsautorität wie aus Rücksichten auf die allgemeine Wohlfahrt, die eine weitere Bindung von Grund und Boden gerade während des Weltkrieges als unvereinbar mit nationalen Notwendigkeiten erscheinen lassen muß.“

Jetzt los auf die Gewerkschaften!

Diese Parole wird im anarchosyndikalistischen Kampf ausgegeben. Der „bureaukratische Aufbau“ und die „Machtfülle der Beamten“ ließen eine Reformierung der freien Gewerkschaften von innen heraus ebensowenig zu, wie eine Umgestaltung der sozialdemokratischen Partei. Beide seien weiter nichts als „ein Haufen organisierter Verwesung“. Nach dieser geschmackvollen Bezeichnung wird dann weiter gesagt, daß eine andere Gewerkschaftsbewegung auf ganz neuer Grundlage geschaffen werden müsse. Das Fundament dieser neuen Bewegung müsse der Kampf sein, der Kampf „unter allen Umständen“ und „in jeder Lage“. Weiter denken sich die syndikalistischen Herren die Sache so, daß alles in einen Topf geworfen wird. Die Interessen aller Arbeiter seien ja doch die gleichen, warum also die Schranken zwischen Metallarbeitern und Holzarbeitern, zwischen Bäckern und Bauhandwerkern? Dann haben wir den syndikalistischen Allerweltsarbeiterbund nach romanischem Muster, in dem viel debattiert, radikale Beschlüsse gefaßt werden, wo aber nichts erreicht werden kann, weil die Unternehmer vor den großen Worten leider verdammt wenig Respekt haben.

Die „Gewerkschaftsbureaukratie“ muß natürlich beseitigt werden, denn sie ist verantwortlich für den „Zusammenbruch“ der Gewerkschaften (von dem wir noch nicht das mindeste bemerkt haben! Red.). Gewerkschaftsangestellte? Wozu braucht man solche in den „reinen Kampforganisationen“, die nicht mehr Unterstützungs-Vereinigungen sind.

Man sieht, die Syndikalisten vom Niederrhein wollen da wieder anfangen, wo die „Lokalisten“ Anfang der 90er Jahre gestanden haben. Die berühmten Sechservereine, die den Kampf zu führen dachten mit dem „Idealismus der Massen“. Daß diese Art Gewerkschaftsbewegung heute Aussicht auf Erfolg hat, werden auch die Syndikalisten nicht erwarten. Aber darauf kommt es schließlich nicht an, sondern der Wille, das Alte, Bewährte niederzureißen — das ist der Zweck der Uebung.

• •

Die Leipziger Volkszeitung, die bei dem ersten Auftauchen der Spaltpilze in den Gewerkschaften mit erfreulicher Entschiedenheit gegen das Hineintragen des Parteistreites in die Gewerkschaften und gegen jede schwächende Zersplitterung der wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterschaft Stellung nahm, öffnet jetzt dem Herrn Karl Kürbs ihre Spalten, jenem Manne, der bekanntlich vor einiger Zeit an die Anhänger der Opposition die Aufforderung zur „Sammlung“ richtete, um auch in die Gewerkschaften Zersplitterung und Zersetzung zu tragen. Der Herr entwickelt in dem führenden Organ der Arbeitsgemeinschaft Zweck und Ziele der Gewerkschaftsopposition, die darin beständen, „allen Parteigenossen zur Pflicht zu machen, sich mehr als bisher um die inneren Verhältnisse ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu kümmern, mit dem Ziel, nur klassenbewußte Verbandskollegen mit den wichtigsten Aemtern in ihrer Gewerkschaft zu betrauen. Nur so kann der alte Kampfcharakter, der die freie Gewerkschaftsbewegung so vorteilhaft vor der andern auszeichnete, wieder voll zur Geltung kommen. Was leider schon seit über einem Jahrzehnt nicht mehr der Fall war. Diese Tätigkeit soll auch die Grundlage bilden, um bei den nächsten, nach dem Kriege stattfindenden Gewerkschaftskongressen sowie Verbandstagen bzw. Generalversammlungen der Gewerkschaften, die jetzige entgleiste Gewerkschaftsbewegung wieder auf die frühere, rechte Bahn leiten zu können.“

Gerade in dem Jahrzehnt, in dem die Gewerkschaften nach dem großen Gewerkschaftsreformator Karl Kürbs ihren alten Kampfcharakter aufgegeben haben und „entgleist“ sein sollen, sind sie nicht nur immer größer und stärker geworden, sondern ihr Einfluß und ihre Erfolge, die sich nicht nur in Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, sondern auch in einer ständig steigenden Beachtung der Gewerkschaften im wirtschaftlichen Leben offenbaren, sind fast von Jahr zu Jahr gewachsen. So wurden noch in dem Jahre vor dem Kriege, 1913, für 915 972 Personen 2 021 552 Mark Lohnerhöhungen und für 324 794 Personen 695 194 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich erreicht, so daß auf jede beteiligte Person durchschnittlich über zwei Mark Lohnzulage und mehr als zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche durchgesetzt worden sind, ganz abgesehen von den sonstigen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durch Zuschläge für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, Ferienbewilligungen usw. und der Abwehr vieler Versuche der Unternehmer zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Durch den Neuabschluß von Tarifverträgen wurde allein im Jahre 1913 in 5403 Fällen für 735 521 Personen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsverhältnis ausdrücklich anerkannt.

Diese gewerkschaftlichen Erfolge passen aber dem Verelendungstheoretiker Karl Kürbs und seinen Gesinnungsgenossen gar nicht in den Kram. Daher hat er sich das Ziel gesetzt, sie in Zukunft zu hintertreiben, und zu diesem Zwecke sucht er die Gewerkschaften zu „reformieren“ an Haupt und Gliedern. Die „Reformen,“ die er will, laufen tatsächlich auf nichts anderes hinaus als auf die Zersetzung und Zersplitterung der Gewerkschaften und damit auf ihre Schwächung, die gleichbedeutend ist mit der Wehrlosmachung der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern in den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen. Wir lassen es dahingestellt, ob Herr Karl Kürbs bewußt oder unbewußt die Geschäfte des Unternehmertums gegen die Arbeiter besorgt. In der Wirkung läuft sein Treiben jedenfalls auf dieses Ziel hinaus. Die große Mehrzahl der organisierten Arbeiter ist so geschult, daß sie dieses Treiben und seine Folgen zu durchschauen und zu erkennen vermag, und sie wird allen Gewerkschaftsreformatoren vom Schlage des Herrn Karl Kürbs das Handwerk zu legen wissen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170303/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG